

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 11 / November 2008 · Ausgabe Rheinland-Pfalz / Saarland / Baden-Württemberg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de



Sparen bis der Arzt kommt

Mit dem Gesundheitsfonds zeichnet sich eine Finanzierungslücke ab

Seite 4

„Eine ganz besondere Nacht am Telefon“

Interview mit Erich Biel von der Telefonseelsorge

Seite 7

Das stand vor 10 Jahren in der SoVD-Zeitung

Start unserer Serie „Rückblende“

Seite 11

Folgen der Finanzmisere für Konjunktur und Arbeitsmarkt

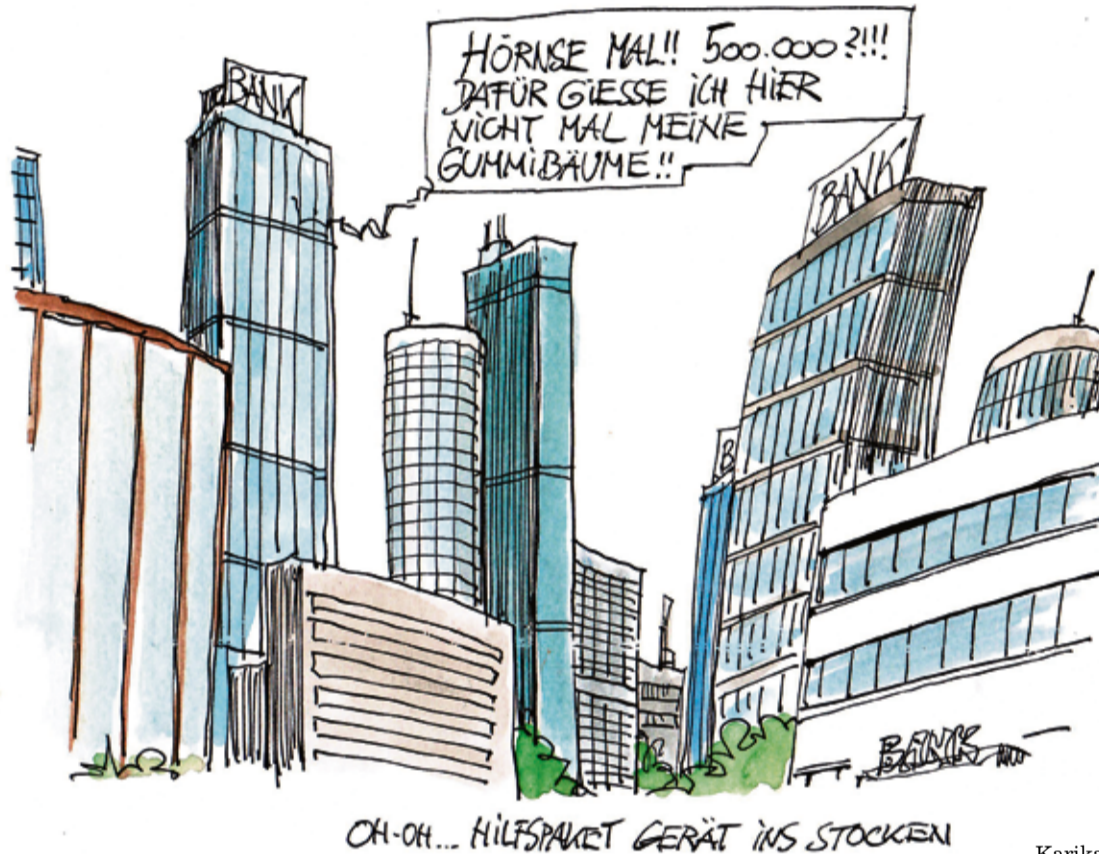
Wie bekommen wir die Krise zu spüren?

Am Anfang waren sich alle Experten einig: Die Finanzmarktkrise bleibt vor allem eine Finanzmarktkrise und wird kaum Folgen für die reale Wirtschaft haben. Doch mittlerweile wachsen die Zweifel: Je länger die Krise dauert, umso größer werden die Auswirkungen auf Konjunktur, Beschäftigung und den Staatshaushalt.

Welche Auswirkungen hat die Krise auf die Konjunktur?

In einem Punkt sind sich alle führenden Wirtschaftsinstitute einig: Ja, die Finanzmarktkrise greift auf die reale Wirtschaft über, die Effekte treten bereits in diesem Jahr auf und verstärken sich 2009. Alle Institute senkten daher bereits ihre Prognosen, sowohl für das laufende als auch für das kommende Jahr. Für 2009 liegen die Wachstumsvorhersagen nun zwischen 0,2 und 1,0 Prozent. Der Internationale Währungsfonds geht sogar noch weiter und sagt Deutschland ein Nullwachstum voraus.

In welchem Ausmaß sich die Krise aber auswirkt, bleibt umstritten. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) beispielsweise sieht Deutschland direkt auf eine Rezession zusteuern. Das sei „angesichts der Finanzkrise nicht zu vermeiden“, sagte RWI-Präsident Christoph Schmidt der „Rheinischen Post“. Gleichzeitig sagt aber das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auch für 2009 noch ein Wachstum in Höhe von einem Prozent voraus – und der Konjunkturchef des Institutes, Christian Dreger, stellt klar: „Es gibt keine Anzeichen für eine Rezession in Deutschland.“ Stefan Kooths, DIW-Konjunktur-Experte, sieht die



Karikatur: Plaßmann

Der Staat stellt von der Krise betroffenen Banken ein Rettungspaket zur Verfügung. Eine Bedingung: Manager von Finanzinstituten, welche diese Steuergelder in Anspruch nehmen, dürfen „nur“ 500 000 Euro pro Jahr verdienen.

Krise viel mehr als Ausrede für einige Unternehmen: Das verminderte Wachstum habe nur wenig mit der Finanzmarktkrise zu tun – und die Branchen, die sich nun darauf berufen, hätten häufig eher mit hausgemachten Problemen zu kämpfen als dass sie wirklich Opfer der Finanzmarktkrise seien. Für manche Manager sei es einfach, nun zu sagen: „Mein Absatzziel habe ich nicht erfüllt, das liegt an der Finanzkrise.“

Was bedeutet die Krise für den Arbeitsmarkt?

Für das laufende Jahr wenig, sagen sowohl die Wirtschaftsforschungs-

institute als auch die Bundesagentur für Arbeit (BA). Die erwartet sogar für 2009 eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen werde um weitere 100 000 auf durchschnittlich 3,16 Millionen

sinken, prognostiziert das BA-eigene Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Zugrundegelegt sei dieser Prognose ein Wachstum um ein Prozent. Bei näherer Betrachtung hat dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit aber nicht so sehr wirtschaftliche Gründe, sondern demografische: Voraussichtlich scheiden 130 000 Menschen mehr aus dem Berufsleben aus als es Berufsanfänger gibt. Wesentlich pessimistischer als die IAB-Forscher zeigt sich das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW). Es sagte für 2009 einen Anstieg der Arbeitslosen-

Fortsetzung auf Seite 2

Lesen Sie auch:

- Sicher Geld anlegen in Krisenzeiten. Zehn praktische Tipps S. 5
- Ist meine Lebensversicherung sicher? Interview mit Jörg Bertz (Hamburg-Mannheimer) S. 7
- Die Bundesschatzmeisterin: Kriminelle nutzen Bankenkrise aus S. 9

Ich bin ärmer, du bist reicher – alle sind gleich, nur manche sind gleicher

„Die Armen werden ärmer, die Reichen reicher.“ Das ist weder eine aufs Kopfkissen gestickte Bauernregel noch eine Banalität links-populistischer Politikverführer. Nein, tragischerweise handelt es sich dabei um einen um die alltägliche Empfindung vieler Menschen, zum anderen um das Ergebnis einer aktuellen Studie. Wissenschaftlich formuliert heißt es darin: „Mehr Ungleichheit trotz Wachstum.“ Die gute Nachricht: Top-Verdiener können aufatmen! Ihr Einkommen hat sich – anders als das unterer Gehaltsgruppen – sogar noch erhöht. Die schlechte Nachricht: Fast jeder fünfte Haushalt finanziert sich über Sozialleistungen, ohne dass dort überhaupt noch jemand einer Erwerbstätigkeit nachgeht. In keiner anderen der untersuchten In-

dustriationen ist diese Situation so dramatisch wie in Deutschland. Wer sich schon jetzt für die Entwicklung in unserem Land schämt, sollte besser nicht weiterlesen. Am stärksten erhöht hat sich nämlich ausgerechnet das Armutsrisiko für Kinder – es stieg von 11 auf 16 Prozent. Nun mag es zwar hoffnungsvoll stimmen, dass in der Studie der mit dem Aufschwung einhergehende Rückgang der Arbeitslosigkeit noch nicht berücksichtigt wurde. Angesichts der Finanzkrise und einer drohenden Rezession dürfte jedoch auch dieser Vorsprung bald aufgebraucht sein. Und wenn es schon jetzt eine „Ungleichheit trotz Wachstum“ gibt, wie dramatisch wird es für die benachteiligten Menschen dann erst ohne Wachstum werden? *jb*

Blickpunkt

Der SoVD hat die Planungen der Großen Koalition zur Gesundheitsreform von Beginn an kritisch und konstruktiv begleitet. Schon frühzeitig haben wir speziell vor der Einführung und den Folgen des Gesundheitsfonds gewarnt. Im vergangenen Monat nun hat die Bundesregierung einen einheitlichen Beitragssatz festgelegt, der ab Januar 2009 für alle gesetzlich krankenversicherten Menschen in Deutschland gilt. Für viele bedeutet dies eine finanzielle Mehrbelastung. Um diese Zusatzkosten aufzufangen, werden Arbeitnehmer durch eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entlastet. Keine Entlastung hingegen erhalten die rund 20 Millionen Rentner in unserem Land. Nachdem sie bereits in den vergangenen Jahren Rentenkürzungen und Kaufkraftverluste hinnehmen mussten, werden sie nun erneut überproportional stark zur Kasse gebeten. Mit derartig ungerechten Konzepten verspielt die Große Koalition gerade das Vertrauen älterer Menschen. Schlimmer noch: Sie setzt sich dem Vorwurf aus, eine Politik gegen die Rentner zu machen. Das wird der SoVD nicht zulassen und auch weiterhin für eine gerechte Lastenverteilung kämpfen.



Adolf Bauer,
SoVD-Präsident

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Haben Sie Interesse: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.